

„Fleisch“ und nicht Wort, wie man gegenüber einem modern-evangelischen, aber im Ansatz wohl auch schon lutherischen Verständnis der Offenbarung kurz formulieren könnte. Und weil das Wort Fleisch ward und nicht nur Wort, gibt es nun eben nicht nur Predigt, sondern auch das Sakrament, gibt es Dogma und nicht nur Bekenntnis, gibt es aber auch Heiligung und jenes sich Wandeln von Glorie zu Glorie, von dem der Apostel Paulus spricht, und nicht nur Erfüllung der Existenz im Glauben, gibt es zuletzt das reale An-wesen Christi in der Kirche, in ihrer Institution, ihrem Recht, ihrer Liturgie und anderem mehr und nicht nur sein flüchtiges Aufblitzen aus der Schrift in der Seele eines Menschen“ (S. 177—179).

Gott hat entschieden

Als drittes Ergebnis seiner neutestamentlichen Studien nennt Schlier die Einsicht, „daß Gott sich ein für allemal in realer Weise für die Welt entschieden hat. Und die Folge seiner Entschiedenheit für uns ist die, daß das Vorläufige (der Welt) in seiner ganzen konkreten Vorläufigkeit Endgültiges in sich birgt.“ Dieses Entschiedenhaben Gottes, „dieses zuvorkommende Entgegenkommen prägt nun unsere gesamte Weltsituation“. Die Zeit ist nun eine andere als vorher, sie ist erfüllte Zeit, und wir haben sie zu leben und können sie auch leben. „Die erfüllte Zeit ist nicht mehr eine Zukunft. Wir sind keine Juden, für die die Zeit Gottes nur aussteht, und zwar solange diese Zeit währt . . . Wir sind Christen, und als solche haben wir die christliche Zeit zu leben, die real mit der Auferweckung Christi eingesetzt hat. Die Zukunft hat schon begonnen. Wir sind auch keine Heiden, deren Zukunft in der Vergangenheit liegt und die deshalb nur noch eine leere, aussichtslose Zukunft vor sich haben. Es ist nicht mehr der Heiden Zeit . . . Weil Gott sich entschieden hat, ist jetzt auch ein anderer Raum da als vorher, einer, der, wie die Zeit, von Christus erfüllt ist, das heißt: von ihm getragen und beansprucht, durchherrscht wird. Deshalb ist die Kirche, die diesen ‚Raum‘, die Welt, einfängt und in sich aufnimmt, die zeit- und sachgemäße Verkörperung dieses Raumes, ‚Verkörperung‘ im aktiven und passiven Sinn: das, was ihn körperlich erscheinen läßt, und sein Körper selbst. Sie ist es als der ‚Leib Christi‘. Als solcher ist sie der Körper der neuen, von Christus getragenen und beanspruchten, von Christus durchherrschten Welt.“

Das aber hat auch den Sinn, daß die Kirche eine Welt ist. „Sie ist als der Leib Christi oder als die Dimension Gottes konkreter Tempel, konkrete Stadt, konkretes Haus Gottes, am umfassendsten: konkreter Äon Gottes.“ So dienen alle Formen und Strukturen der Welt dazu, die gefallene Entscheidung Gottes fort- und durchzusetzen. Von daher gibt es im Neuen Testament „das Faktum, daß der Glaube sich in konkreten Sätzen fixiert, die vom Glauben konkrete Anerkennung ihrer Wahrheit verlangen. So gibt es die Entscheidung der Kirche über ihren Glauben, die Entscheidung ihres Glaubens bis in eine Formulierung hinein und ihr gegenüber die Glaubensentscheidung des einzelnen. So gibt es das Faktum, daß einmal die Diskussion beendet ist — was ein eschatologisches Faktum ist . . . anders wären wir nicht in der Welt, über die Gott entschieden hat. Daß die Offenbarung diese Konkretheit gewinnen kann, nicht insgesamt und ständig, aber hier und da und am notwendigen Ort, das enthebt weder die Welt noch die Gläubigen des Denkens und Forschens. Aber es enthebt beide der Illusion, als ob die Wahrheit schon auf ihrem Wege oder auf gar keinem gefunden werden könnte. Von dem Entschiedenhaben und Entschiedensein Gottes her gibt es auch nach dem Neuen Testament das Faktum kirchlicher Autorität . . . Gewissen Entscheidungen gegenüber gibt es nicht die Berufung auf den Geist, sondern nur den Gehorsam der Gläubigen. Das sind solche, die die Apostel treffen oder die zur Bewahrung der apostolischen Hinterlassenschaft gefällt werden. Es ist also keineswegs biblisch, die Kirche könne nur durch einen Rat der ‚Brüder‘ geleitet werden. Sie wird im Prinzip und anfänglich schon zur Zeit des Neuen Testaments und nach dem Neuen Testament von der ‚Hierarchie‘ geleitet. Das schließt weder die Charismatiker noch die anderen Glieder der Gemeinde aus, aber es läßt ihnen nicht das letzte Wort.“ Auch das sei eine Folge und ein Reflex der Endzeit (S. 179—182).

So bestätigt Schlier eine in Analysen dieser Zeitschrift mehrfach vorgetragene Wahrheit, daß nicht nur Lehrunterschiede, sondern eine Seinsverschiedenheit die Christenheit trennt: die echte, wenn auch furchtbare Spaltung am Dogma der Inkarnation. Eine nähere Dokumentierung seines „protestantischen Weges“ bringen seine gesammelten Aufsätze: „Die Zeit der Kirche“, die im Verlag Herder erscheinen werden.

Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

Methoden und Erfolg kommunistischer Wühlarbeit in der Bundesrepublik

„Man muß . . . zu allen und jedweden Opfern entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten“ (W. I. Lenin, „Der linke Radikalismus“, 1920). Was hier speziell für die gewerkschaftliche Wühlarbeit ausgesprochen ist, wurde von Lenin schon in seiner 1905 erschienenen Schrift: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, als allgemeine Methode dargelegt und empfohlen. Der Klassenkampf sei nicht dogma-

tisch zu führen, sondern immer unter Berücksichtigung und Angleichung an die konkrete Situation. Nicht nur die orthodoxen kommunistischen Kräfte seien zu organisieren, sondern auch alle jene, die man um einiger Nahziele willen mit auf die Seite der Proletarier ziehen könne. Diese Anweisungen Lenins waren lange Zeit hindurch eine der hauptsächlichsten Grundlagen der kommunistischen Arbeit. Beim 2. Weltkongreß der Komintern im Jahr 1920 wurden alle in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien verpflichtet, sich nicht auf ihre legale Arbeit zu beschränken, sondern in allen Ländern ein Netz von „illegalen Organisationsapparaten“ und getarnter Wühlarbeit aufzubauen, die die bolschewistische Terminologie seither die „Zweite Front“ nennt. Unter dem dogmatisch und methodisch starren National-

bolschewismus Stalins und während des Weltkrieges trat diese Taktik zurück; erst der Neo-Leninismus Chruschtschews ließ sie wieder stärker hervortreten und führte zu einer völligen Neuorientierung der internationalen kommunistischen Arbeit, deren Auswirkungen in der Freien Welt in einer geradezu unglaublichen Weise übersehen oder verkannt werden.

Überall das gleiche Rezept

Ehe man sich im einzelnen den westdeutschen Tarnorganisationen und den in Westdeutschland agierenden kommunistischen Weltorganisationen zuwendet, läßt sich deren grundsätzliche Arbeitsweise in einem darlegen. Die erste Voraussetzung ist die Popularität des Programms. Da die Menschen im Westen gegenüber kommunistischen Partnern im allgemeinen doch ziemlich zugeknöpft sind, muß die Zielsetzung der Organisationen durchschlagend genug sein, um die Hemmungen gegenüber allen Gemeinsamkeiten mit Kommunisten zu überwinden. Es muß weiter der Anschein gewahrt werden, als ob die Kommunisten nur „unter anderen“ beteiligt seien; deshalb eine möglichst unverfängliche äußere Drapierung in Namen und Zielsetzung.

In diesem Sinne haben sich nach 1945 als besonders geeignete Ansatzpunkte erwiesen die allgemeine Friedenssehnsucht und noch mehr ihr psychologisch vorgängiges Negativum, die Kriegsangst. Mit außerordentlichem Geschick zog man die verschiedensten Organisationen auf, die sich angeblich die Wahrung des Friedens zur Aufgabe machen, und hierher gehören auch die zahllosen Kongresse, Resolutionen, Unterschriftensammlungen und Friedensappelle, die seit Kriegsende über die Bühne gegangen sind und die die einzige Aufgabe hatten, die Verteidigungsbemühungen des Westens als Kriegstreiberei hinzustellen und die gleichzeitige gewaltige Rüstung des Sowjetblocks propagandistisch zu vernebeln. — Ähnlich verhält es sich mit den Organisationen und Kongressen, die vorgeblich der deutschen Wiedervereinigung dienen sollen: ebenfalls ein Problem, das für viele Deutsche eine Lebensfrage darstellt. (Daß die Kommunisten aber tatsächlich an einer Lösung der deutschen Frage höchstens im Sinn einer Unterordnung des vereinigten Deutschlands unter den Sowjetblock interessiert sind, dürfte die sowjetische Politik inzwischen auch den letzten klargemacht haben. „Wenn Chruschtschew die Beibehaltung der ‚politischen und sozialen Errungenschaften‘ der DDR zusagt, so kann er damit nur meinen, daß keine echte Wiedervereinigung geplant ist, sondern eine solche Autonomie der Ostzone, daß sich praktisch an dem jetzigen Zustand nichts ändern würde“, heißt es in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ [September 1955, S. 527], freilich mit dem Vorspann: der Verfasser „bringt damit natürlich seine ganz persönliche Meinung zum Ausdruck“.)

Von äußerster Wichtigkeit für das Funktionieren dieses Apparates ist die Rekrutierung prominenter nichtkommunistischer Persönlichkeiten. Ein einziger Name von nationalem oder gar internationalem Rang ist für die Kommunisten wertvoller als eine ganze Gruppe linientreuer Mitläufer. Solche Leute sind die Aushängeschilder, mit denen die Regisseure die Gutgläubigen anzulocken hoffen und hinter denen sie sich zugleich verstecken können. Um sie anzuwerben, scheuen die Kommunisten keine Mühe und keine Kosten. Bestimmte Typen haben sich dabei als besonders zugänglich erwiesen: einmal gewisse Intellektuelle und Literaten, die teils aus Neugier, teils

aus Originalitätswut eine Weile mitzumachen bereit sind oder angesichts der Problematik der Moderne den Kopf verloren haben, zum anderen gewisse gutgläubige Idealisten und schwärmerische Weltverbesserer, drittens Politiker der alten Schule, die den Anschluß verpaßt haben, und schließlich Fachleute der verschiedensten Sparten, die auf ihrem Gebiet großes Ansehen genießen, zugleich aber von ebenso großer politischer Naivität sind. Gerade bei diesen Typen hatten die Leute des Kreml beachtliche Erfolge zu verzeichnen; bislang ist es ihnen jedenfalls noch immer gelungen, die nötigen Stars auf die Kongreßtribünen zu bringen. (Freilich nutzen sich diese Leute sehr rasch ab, entweder weil sie das Spiel durchschauen und ihre weitere Mitarbeit verweigern oder aber weil sie durch fortgesetztes gemeinsames Auftreten mit den Kommunisten in der Öffentlichkeit als deren Parteigänger bekannt werden und damit ihren Wert als Lockvögel verlieren. Infolgedessen müssen fortlaufend neue, unbelastete Persönlichkeiten gesucht werden.) Wie man für die Sowjetzone Körner und Gneisenau, Bach, Goethe und Beethoven als Vorläufer der SED/KPD-gesteuerten deutschen Volksdemokratie entdeckt hat (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 243), so für Westdeutschland die Ansprechbarkeit gewisser „nationaler“ Kreise für einen neuen Rapallokurs und einen neuen Tauroggen-Mythos.

Ziel und Zweck dieser Tätigkeit liegen unverrückbar fest, und keine taktische Wendigkeit etwa der kleinen Tarnorganisationen, die gestern gegen die Embargo-Politik im Osthandel zu Felde zogen, heute gegen britische Panzermanöver in Niedersachsen polemisieren und morgen eine Resolution über den unbeirraren Friedenswillen Moskaus annehmen, kann verbergen, daß alles das einzig dazu dient, Verwirrung zu schaffen, zu zersetzen und den Weg frei machen zu helfen für den weiteren Siegeszug des Kommunismus nach Westen.

Einseitiges Spezialistentum politisch Unerfahrener ist die Haupteinbruchsstelle der kommunistischen Tarnorganisationen. Diese erheben deshalb mit wenigen Ausnahmen den Anspruch, Vertretungen von Interessen, Ständen oder Berufen zu sein. Über die zentrale Organisation und Leitung der verschiedenen Splittergruppen wird noch näher zu reden sein.

Kommunistische Weltorganisationen

Die große Zeit der kommunistischen Weltorganisationen nach 1945 ist bereits vorüber, insbesondere was ihren Anhang in Westdeutschland betrifft; sie wurden alle nach und nach in ihrem Charakter entlarvt und seitdem aus den westlichen Ländern zum größten Teil boykottiert. Vollständig ist das freilich bis heute noch nicht der Fall, und eine kurze Übersicht ist thematisch von Interesse.

1. Der „Weltfriedensrat“ (WFR) als Organisation der „Weltfriedensbewegung“ und der „Weltfriedenskongresse“ ist der einzige nicht beruflich oder interessemäßig spezialisierte kommunistische Weltverband; er ist sowohl personell wie institutionell durch zahlreiche Ausschüsse, Filialen, Komitees und Zirkel mit den übrigen kommunistischen Organisationen verzahnt. Der Rat besteht aus 417 Mitgliedern entsprechend den Vorschlägen der „Nationalen Friedenskomitees“, davon 77 aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, der Rest meist Kommunisten oder Sympathisierende. Er hat ein ständiges Exekutivbüro aus 50 Personen; davon sind 24 namhafte Kommunisten und 19 kommunistische Anhänger. Vorsitzender ist Frédéric Joliot-Curie, Generalsekretär Jean Lafitte,

beides alte Kommunisten; der Sitz ist Wien (nach anderen Berichten jetzt Prag).

2. Der „Weltgewerkschaftsbund“ (WGB) definiert in den Statuten als seine Aufgabe, „die Gewerkschaften der ganzen Welt ohne Rücksicht auf Rasse, Nationalität und religiöse oder politische Überzeugung in ihren eigenen Reihen zu organisieren und zu einigen“ und „den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand der Arbeiter zu heben“. Die freien Gewerkschaften der westlichen Welt traten im Laufe des Jahres 1949 aus dem WGB aus und gründeten den „Internationalen Bund Freier Gewerkschaften“ (IBFG). Die französische Regierung schloß 1951 das Pariser Hauptquartier des WGB; der Sitz ist seitdem in Wien. In den nichtkommunistischen Ländern ist die Anhängerschaft des IBFG (mit etwa 24 Millionen Mitgliedern) heute wesentlich größer als die des WGB; letzterer zählt außer den 64,6 Millionen Mitgliedern in den Pseudogewerkschaften der UdSSR (35 Mill.), der Satelliten (18,4 Mill.) und Chinas (11,2 Mill.) noch 1,25 Millionen Mitglieder der französischen CGT, 3,5 Millionen der italienischen CGIL, 152 000 Mitglieder im übrigen Europa sowie (nach eigenen Angaben, von denen wohl beträchtliche Abstriche zu machen sind) 2,26 Millionen Mitglieder in Indonesien, 1,53 Millionen in Japan, 800 000 in Indien, 530 000 im übrigen Commonwealth (vgl. dazu unsere Meldung über die Lage in Australien, ds. Jhg., S. 18) sowie in unbekannter Größe Gruppen in Lateinamerika (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 377). — Heute arbeitet der WGB in den westlichen Ländern nach der Parole „Gewerkschaftseinheit von unten“, zu deutsch: Wühlarbeit und Zersetzung in den freien Gewerkschaften, Streikinitiativen, Betriebsagitation (vgl. unten).

3. Der „Weltstudentenbund“ (WSB) mit dem Sitz in Prag ist der Veranstalter der „Weltstudentenkongresse“ (seit 1946 zweimal) und der „Jugend- und Studentenfestspiele“ (bisher viermal, jeweils hinter dem Eisernen Vorhang). Der WSB gab zuletzt (1953) 6 Millionen Mitglieder aus 72 Ländern an, doch gehören ihm tatsächlich nur noch 9 vollberechtigte Mitgliedsverbände aus nichtkommunistischen Ländern an, und zwar aus Bolivien, Burma, Ecuador, Finnland, Goldküste, Indonesien, Japan, Nepal und Panamá. Angegliedert sind das „Studentenbüro für den Kampf gegen das Kolonialsystem“ und die „Internationale Studentenhilfe“; das offizielle Organ ist die Monatschrift „World Student News“.

4. Auch aus dem „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) sind zwischen 1945 und 1949 die meisten nichtkommunistischen Mitgliedsverbände wieder ausgetreten und gründeten die „World Assembly of Youth“. Nach der Ausweisung aus Paris ist die Zentrale heute in Budapest. Als Mitgliederzahl wurde zuletzt 83 Millionen aus angeblich 92 Ländern angegeben; davon stammen aber über 60 Millionen aus dem Sowjetblock, die restliche Zahl ist nicht nachprüfbar. Der WBDJ organisiert die alljährlichen „Weltjugendtage“ und „Weltjugendwochen“ und arbeitet im übrigen sehr stark mit dem WSB und dem WFR zusammen (Nr. 3 und 1).

5. Die „Internationale Demokratische Frauenföderation“ (IDFF) war von Anfang an eine rein kommunistische Dachorganisation und deshalb nicht von Spaltungen betroffen; doch hat sie auch zahlreiche nichtkommunistische Mitläufer, beispielsweise in England. Angegeben wurden 140 Millionen Mitglieder aus 85 Ländern. Der Sitz ist

Ost-Berlin, die Tätigkeit gilt vor allem der „Weltfriedensbewegung“.

6. Unter den Berufsorganisationen, die nicht wie die bisher genannten Verbände Massenbewegungen sein können, aber trotz ihrer schmalen Operationsbasis und ihren wenigen Mitgliedern in der kommunistischen Infiltrationspolitik eine wesentliche Rolle spielen, steht an erster Stelle die „Weltföderation der Wissenschaftler“ (WFW), die auf englische Initiative 1946 gegründet wurde und der u. a. mehrere sehr angesehene Atomwissenschaftler angehören. Der Sitz ist London, Vorsitzender ist Frédéric Joliot-Curie (siehe oben Nr. 1), Generalsekretär J. G. Crowther. Die WFW war es, die nach den Untersuchungen einer „unparteiischen Wissenschaftlerkommission“ das Greuelmärchen von der Bakterienkriegführung der USA in Korea verbreitete. Nach eigenen Angaben zählt sie 136 000 eingetragene Mitglieder aus 15 Ländern; am stärksten vertreten sind Großbritannien, USA, Frankreich, China und Dänemark.

7. In der „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen“ (IVDJ) dürften 26 Länder und zahlreiche nichtkommunistische Mitglieder vertreten sein. Das Sekretariat befindet sich in Brüssel, Vorsitzender und Generalsekretär sind langjährige Kommunisten aus England und Frankreich. Zahlreiche Resolutionen an die „Juristen aller Länder“ dienen hauptsächlich der „Weltfriedensbewegung“ und der völkerrechtlichen Verurteilung von Angriffskriegen.

8. In der „Internationalen Föderation der Lehrerverbände“ (FISE) sind angeblich 4 Millionen aus 27 Ländern zusammengeschlossen; es ist ihr aber nicht gelungen, den westlichen Lehrerverband „World Confederation of the Teaching Profession“ sich anzugliedern. Der Sitz wurde 1951 ebenfalls (wie beim WGB, Nr. 2) von Paris nach Wien verlegt; die Leitung haben zwei französische Kommunisten.

9. Die „Internationale Journalisten-Organisation“ hat mit Ausnahme einiger Einzelmitglieder keine Anhänger mehr aus westlichen Ländern. Der Sitz ist heute in Wien (vorher London und Prag), das offizielle Organ „Der Demokratische Journalist“.

10. Auch in der „Internationalen Rundfunkorganisation“ (IRO) ist heute außer Finnland nur mehr der Sowjetblock vertreten. Die westliche Gegenründung war 1950 die „European Broadcasting Union“ mit insgesamt 19 Ländern (auch assoziierten außereuropäischen).

11. Die „Internationale Vereinigung der Widerstandskämpfer“ (FIR) hat als Mitglieder außer den Ländern des Sowjetblocks zwei Exilverbände aus Griechenland und Spanien sowie kommunistische Tarnorganisationen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und Triest. Sie veranstaltet Kundgebungen und „internationale Treffen“ ehemaliger politischer Häftlinge und Widerstandskämpfer; ihr Sitz ist in Wien.

Wien darf heute allgemein als das Zentrum der genannten internationalen kommunistischen Frontorganisationen gelten, die um die „Weltfriedensbewegung“ und den „Weltgewerkschaftsbund“ (beide mit dem Sitz in Wien) als ihre organisatorische wie propagandistische Mitte kreisen. Ihre nationalen Gliedverbände in den einzelnen Ländern tragen oft ganz andere Namen und sind als solche nicht leicht zu erkennen.

Inwieweit die genannten Verbände in der Bundesrepu-

blik über Anhänger und Einfluß verfügen, ist im einzelnen nicht feststellbar; doch wurden bei den von ihnen veranstalteten Treffen und Kongressen immer wieder auch westdeutsche Besucher gemeldet. Ein deutsches Organ des Weltfriedensrates ist die „Stimme des Friedens“ (Düsseldorf), deren Veröffentlichungen leider auch häufig durch die „Umschau im Katholizismus“ des katholischen Pazifisten Georg Heidingsfelder (Meschede i. W.) kolportiert werden.

Die Zweite Front in der Bundesrepublik

Das System der kommunistischen Tarnorganisation ist thematisch die völlige Dezentralisation und Spezialisierung. Sie richten sich an jeweils ganz verschiedene Bevölkerungsgruppen und Interessen, schießen wie Pilze aus dem Boden und gehen wieder ein, sobald sie entlarvt worden sind oder ihre Schuldigkeit getan haben. Dieses ganze Spiel vollzieht sich aber mit solcher Präzision, daß an der Existenz einer vollkommen zentralisierten Leitung durch kommunistische Experten nicht zu zweifeln ist.

Die Zahl der kommunistischen Cheffagenten in der Bundesrepublik wurde für 1953 von Bernhard Sagolla von der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ mit 100 beziffert; sie überwachen die Tätigkeit von mindestens 2000 ständigen kommunistischen Agenten, die vom Staatssicherheitsdienst (SSD) der Sowjetzone hauptamtlich für die Bundesrepublik angestellt sind und ausreichend besoldet werden. Wie der „Rheinische Merkur“ (2. September 1955) darlegt, unterstehen sie der Abteilung für Gesamtdeutsche Fragen im SED-Zentralkomitee mit dem Chef Walter Ulbricht (und über diesen direkt Moskau). Zur direkten Sicherung nach Moskau existieren daneben Spionageapparate der Auslandsabteilung des sowjetischen Geheimdienstes (GINU) und des Nachrichtendienstes der Sowjetarmee (RU). Mit ein Zentrum dieser Spionagedienste war in den ersten Jahren nach 1945 der in Ost-Berlin stationierte sog. Vermissensuchdienst des DRK.

Die Wirksamkeit der kommunistischen Agentenarbeit in der Bundesrepublik war aber bis 1950 nicht allzu groß. Erst seitdem erfolgt die systematische Auslese und Filterung der Agenten und ihre laufende methodische Schulung. Seitdem häufen sich auch die Beweise für eine zunehmende illegale Aktivität, die sich nicht nur auf Militär- und Wirtschaftsspionage, sondern ebenso auf die Ausführung terroristischer Akte (Menschenraub und Sprengstoffanschläge), die Organisation von wilden Streiks und die Vorbereitung bürgerkriegsartiger Operationen erstreckt.

Schon 1951 wurden mindestens 3000 Mitglieder der KPD und West-FDJ in sowjetzonalen Schulen gefiltert und die tauglichsten von ihnen, mindestens 600, für spezielle illegale Aufgaben geschult. Seither sind die Zahlen pro Jahr noch größer geworden, die Methoden spezialisierter und eingehender. Derartige Schulungsstätten in der DDR sind vor allem:

die FDGB-Schule „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin (für die Aufgaben der „gewerkschaftlichen Westarbeit“), die Zentralschule der „Nationalen Front“ in Bantikow, die NDPD-Schule in Waldsiefersdorf/Märkische Schweiz, die „Strategischen Seminare“ an der „Jugendhochschule Wilhelm Pieck“ am Bogensee, an der „Deutschen Verwaltungsakademie Walter Ulbricht“ in Potsdam-Babelsberg und an der „Parteischule Karl Marx“ in Kleinmachnow (vor allem für die Spionage- und Sabotage-

arbeit und den Partisanenkampf qualifizierter FDJ-Mitglieder),

die Zentralschule der SED für Techniker in Ballenstedt, das Universitätsgut in Ladebow bei Greifswald (für Spionage und Sabotage in den westeuropäischen Häfen), die Agentenschule in Schloß Willigrod bei Schwerin (unter sowjetischer Leitung für militärischen Terror).

Daneben besteht eine spezielle Agentenzentrale innerhalb der kasernierten Volkspolizei; seit 1952 laufen an den Offiziers- und Unterführerschulen spezielle Lehrgänge für die militärische Spionage, die neuerdings aktiviert wurden, um für die Zersetzungsarbeit in den künftigen Streitkräften der Bundesrepublik gerüstet zu sein.

Die Anhänger der kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) unterwandern seit ihrem Verbot als Organisation in der Bundesrepublik und nach dem Fehlschlag einiger Tarngründungen systematisch die „Gewerkschaftsjugend“ des DGB; vielfach wurden ganze FDJ-Gruppen einfach in den DGB übergeführt. Es liegt eine geheime Anweisung vor, die FDJ-Leute sollten bei der „Schaffung eines Aktionsprogramms gegen die Rekrutierung“ (d. h. gegen die Pariser Verträge) im Hintergrund bleiben; die Gewerkschaftsjugend sollte der „Initiator des Kampfes sein. Sie muß selbst an die anderen Jugendorganisationen herantreten und den Kampf organisieren“.

Durch ihre intensive Schulung gelang es den FDJ-Mitgliedern verhältnismäßig leicht, in der Gewerkschaftsjugend einflußreiche Stellungen zu gewinnen.

Nach dem Fehlschlag der *Parteiarbeit* der KPD, wie sie sich bei der Bundestagswahl vor zwei Jahren manifestierte, lautete zur Jahreswende 1953 die neue Instruktion des SED-Zentralkomitees für die westdeutsche Arbeit, „jetzt alle Aufmerksamkeit der Intensivierung der Kaderpolitik für die *im anderen Rahmen* geplanten Maßnahmen zu widmen“. Das muß bedacht werden, um sich über die scheinbar zurückgegangene Aktivität der KPD in der Bundesrepublik keinen Täuschungen hinzugeben.

Westdeutsche Tarnorganisationen

Zu diesem „anderen Rahmen“ gehören die Tarnorganisationen ebenso wie die genannte Agentenschulung für Spionage, Sabotage, Streiks und Zersetzungsarbeit. Hinter beiden Arbeitsbereichen der Zweiten Front stehen die gleichen Regisseure, in ihnen zum großen Teil die gleichen Agenten.

Über die allgemeinen Arbeitsmethoden der kommunistischen Tarnorganisationen ist im vorigen schon das Wesentliche gesagt worden; daraus wird klar, daß es zu keiner Zeit möglich ist, sie in genauer Anzahl und in ihrer Tätigkeit im einzelnen zu erfassen. Der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ nennt rund 350 kommunistische Tarnorganisationen, nach anderer Quelle sind es in der Bundesrepublik 70. Trotz der Unsicherheit dieser und ähnlicher Zahlenangaben kann man sagen, daß bis auf einige spezielle Tarnorganisationen alle übrigen auf zwei Vereinigungen ausgerichtet sind. Diese — der Wirthsche „Bund der Deutschen“ als politische Partei und die „Nationale Front“ als angeblich überparteiliches Sammelbecken — sind als prototypisch anzusprechen: in Entstehung und Wesen, in Taktik, Wandlungsfähigkeit und vielfältiger Verzahnung personeller und organisatorischer Natur.

Der „Bund der Deutschen“ mit seiner Jugendgruppe

„Deutsche Jugendgemeinschaft“ und seinem Organ „Deutsche Volkszeitung“ geht zurück auf einen am 30. März 1952 in Mönchen-Gladbach begründeten „Arbeitskreis für deutsche Verständigung“, der kaum drei Wochen nach der bekannten Moskauer Note zur deutschen Frage vom 10. März entstand. Daß dieser zeitliche Zusammenhang kein Zufall war, ließ bereits die Resolution des Gründungskongresses gegen Schumanplan, Deutschlandvertrag usw. klar erkennen. Als Initiatoren des neuen Unternehmens traten Katharina v. Kardorff-Oheimb, Dr. Maase und Elfes auf, erstere (gleich einem anderen Gründungsmitglied, dem Baron de Merx) noch kurz zuvor auf der ersten Generalversammlung der heutigen „Deutschen Gesellschaft für Wirtschafts- und Kulturaustausch mit Polen“ sichtbar herausgestellt, der Düsseldorfer Notar Dr. Maase zur ältesten Prominenz des „Westdeutschen Friedenskomitees“ gehörig und Elfes u. a. als Redner in gemeinsamer Kundgebung mit KPD-Chef Max Reimann und dem Spitzenfunktionär der Nationalen Front Staubitz bekannt geworden, als sie sich für den rein kommunistischen „Hauptausschuß gegen Remilitarisierung“ einsetzten. Ähnlich aufschlußreich waren manche der Diskussionssprecher von Mönchen-Gladbach und das etwas später bekanntgemachte Präsidium. In der Debatte sprach als erster Dr. Wiedemann aus Glücksburg, lange Zeit hindurch schleswig-holsteinischer Landessekretär des eindeutig östlich gesteuerten „Gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft“, dann der Bremer Meyer-Buer, wenige Monate vorher gemeinsam mit anderen Spezialisten aus dem Apparat Wollwebers unter den Initiatoren des wilden Hafenarbeiterstreiks an der Nordseeküste und nur wenig später Generalsekretär des schon genannten „Westdeutschen Friedenskomitees“. In das Führungsgremium des neuen Arbeitskreises kooptierte man u. a. Baier vom Präsidium des „Führungsrings ehemaliger Soldaten“, den besonders im „Demokratischen Kulturbund“ immer wieder hervorgetretenen Verleger Rowohlt, die „Hausfrau“ Grete Thiele (damals Bundestagsabgeordnete der KP) und den angeblichen Krankenpfleger Zeisig aus Bremen, gleich Meyer-Buer ein in Sonderaufgaben erprobter Kaderfunktionär.

Während die wichtigsten Mitglieder des Präsidiums zu Verhandlungen mit General Tschuikow und Otto Nuschke nach Ost-Berlin führen und Reisen nach Moskau folgen ließen, begannen hinter den Kulissen die Vorarbeiten für das Auftreten des persönlich durchaus integren früheren Reichskanzlers Dr. J. Wirth.

In Essen bezeichnete er es am 30. Mai 1952 als seine Aufgabe, „die Opposition gegen Bonn“ zusammenzufassen, und er startete diesen Versuch Ende Juni mit der Erweiterung des Arbeitskreises zur „Deutschen Sammlung“. Hilfestellung gaben weisungsgemäß von den großen Tarnorganisationen der schon in Liquidation befindliche „Hauptausschuß gegen Remilitarisierung“ sowie das „Westdeutsche Friedenskomitee“. Dazu aber traten die Repräsentanten zahlreicher anderer, zahlenmäßig kleinerer Gruppen, von denen noch genannt seien:

„Westdeutscher Flüchtlingskongreß“,
„Gemeinschaft ehemaliger Kriegsgefangener in den USA“,
„Einheitsverband der Kriegsgeschädigten in der Bundesrepublik“,
„Zentralrat zur Verteidigung der demokratischen Rechte“,
„Arbeitsgemeinschaft demokratischer Juristen“,
„Deutsches Arbeiterkomitee gegen Remilitarisierung“.

Unter den im Sammlungsaufwurf genannten Funktionären finden sich einträchtig nebeneinander ein „Bundesfeldmeister des Deutschen Pfadfinderbundes“ und der Leiter einer „Studentengruppe der Kriegsdienstgegner“, Vorsitzende örtlicher Friedensgesellschaften, von „Komitees für Aktionseinheit“ oder „zur Verhinderung der Wiederaufrüstung“, von Kampfausschüssen lokaler Betriebsgemeinschaften, von Mieterschutzvereinen, Ost-West-Handelskreisen, und sogar Fischereivereine, „Bund der Idealisten“, „Interessengemeinschaft der Blutspender“ und „Föderation der Mazdaznan-Frauen“ ...

Wenn man genauer hinsah, entdeckte man bald eine Menge von Namen, die entweder von der KP oder aber von anderen Tarnorganisationen her schon längst bekannt waren. Hinter einem harmlosen „Schriftsteller“ verbarg sich der Chefredakteur des Organs der Gerlach-Gesellschaft, für ein „Freudenstädter Einheits- und Friedenskomitee“ zeichnete der Hauptschriftleiter der Wirthschen „Volkszeitung“ in Fulda und für eine Hamburger Organisation der Kaderfunktionär der KP E. Kania. Ähnlich stand es mit den zahlreichen Pressediensten und Zeitschriften der „Deutschen Sammlung“; im „Wochenbericht“, in „Mitteilungen“, „Die Pressestelle des Arbeitskreises teilt mit“, „Ruf der jungen Generation“ und „Wege zueinander“ fand man immer wieder dieselben Simplifizierungen und Empfehlungen der Moskauer Politik, dieselben dröhnenden Proklamationen gegen Bonn und dieselben Lobsprüche auf westdeutsche Kommunisten. Das wurde besonders deutlich anlässlich des sog. Wiener Völkerkongresses vom Dezember 1952, den der bolschewistische Weltfriedensrat einberufen hatte: da saßen im Präsidium auch Wirth und Elfes neben Anna Seghers, Franz Dahlem und demselben Ilja Ehrenburg, der die deutschen Frauen als rechtmäßige Kriegsbeute für die Rotarmisten erklärt hatte. Dieser Linie blieb man auch treu, als die Deutsche Sammlung sich 1953 als Partei abermals umorganisierte und sich „Bund der Deutschen“ nannte.

Im Grunde blieb alles unverändert: die zahllosen Kreuz- und Querverbindungen, die politische Konzeption und die Schar prokommunistischer Figuranten im Rampenlicht nicht anders als die aus dem Osten abgestellten Schlüsselfunktionäre hinter den Kulissen. „Die Neue Zeitung“ und „Union in Deutschland“ bestätigten im Juli 1953 aufschlußreiche Enthüllungen eines Altkommunisten Rady über das geheime Führungsgremium des Bundes der Deutschen, bestehend u. a. aus Vorstandsmitgliedern der KP, umgeschulten Absolventen von Antifa- und SED-Anstalten, und über die Finanzierung aus kommunistischen Fonds. „Wer für den Bund der Deutschen arbeitet, macht sich zum Werkzeug der sowjetischen Außenpolitik.“

In gleichem Maße gilt das für die „Nationale Front“. Sie wurde in Ost-Berlin geschaffen, als 1949 mit dem Zusammenbruch der Blockade gegen die Berliner Westsektoren auch die Politik scheiterte, die Deutschen durch sowjetische Machtmittel und den Terror der roten Besatzungsmacht rasch bolschewisieren zu wollen. Karlshorst legte diese Aufgabe nun „vertrauensvoll in die Hände der Deutschen“, d. h. die militärischen Instanzen traten in die zweite Linie und schoben „Deutsche“ mit sowjetischer Staatsbürgerschaft wie Pieck, Grotewohl, Eisler, Mielke (Vopo-General und unter Wollweber zweiter SSD-Chef) u. a. in den Vordergrund. Für die notwendigen Vorarbei-

ten in Westdeutschland beauftragten die Männer in Pankow geeignete KP-Funktionäre sowie „Volkskorrespondenten“ sowjetzonaler Nachrichtenbüros und Rundfunksender. Was sich daraus bis zur Gegenwart entwickelt hat, besitzt als einwandfrei stärksten Vorteil einen weitgehenden Verzicht auf feste organisatorische Formen und eine zu hoher Geschmeidigkeit gesteigerte Taktik. Eben diese Wendigkeit gestattet den auf dem Boden der Bundesrepublik wirkenden Landessekretariaten der Nationalen Front, im Zusammenwirken mit geschulten Propagandisten heute eine Offensive gegen den außenpolitischen Kurs Bonns vorzutragen und morgen sich wieder — in enger Verbindung mit der KP, der alle maßgeblichen Funktionäre der Nationalen Front angehören — der Vorbereitung neuer Streiks zu widmen. Denn das angeblich zentrale Anliegen der Nationalen Front: Wiedervereinigung, Frieden, Verständigung usw., ist nur Fassade und Tarnung. Vielmehr ist ihre Hauptaufgabe, in unauffälliger und doch ansprechender Maskierung diejenigen Aufgaben zu erfüllen, in denen der Parteiapparat der KP versagt hat, und die Partei selbst wieder ins politische Spiel zurückzuführen. Die Abhängigkeit der Nationalen Front von Ost-Berlin und damit von den Direktiven des Kreml ist absolut.

Als weitere, bisher nicht genannte kommunistische Tarnorganisationen, die in letzter Zeit stärker in Erscheinung getreten sind, nennt der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ noch folgende:

- „Gesellschaft zum Studium der innen- und außenpolitischen Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands“, Kurztitel Hans-von-Seeckt-Gesellschaft, Düsseldorf;
- „Deutscher Friedensrat“, Ost-Berlin;
- „Bewegung für Selbstbestimmung und Frieden“, Düsseldorf;
- „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN);
- „Frohe Ferien für alle Kinder“ und „Deutsche Gemeinschaft zum Schutz der Kinder“ (vgl. S. 87);
- „Demokratischer Frauenbund Deutschlands“, Düsseldorf, „Westdeutsche Frauenfriedensbewegung“, „Interessengemeinschaft für die Rechte der Frau“, Köln/Mannheim, „Deutscher Frauenrat“, Ost-Berlin, und „Internationaler Frauenkongress“, Stuttgart;
- „Deutscher Jugendring“, Ost-Berlin/Stuttgart;
- „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“, Düsseldorf/Bremen;
- „Ausschuß für Deutsche Einheit“, Ost-Berlin;
- „Sozialistische Aktion“, ehemals „Sozialdemokratische Aktion“ (SDA), Hamburg;
- „Interessengemeinschaft der Leser der Friedenspresse“, Düsseldorf, wahrscheinlich mit dem Ziel, nach dem erwarteten Verbot der KPD die Fortführung der kommunistischen Pressearbeit zu ermöglichen;
- „Gesellschaft für Sport und Technik“, Halle, und „Komitee für Einheit und Freiheit im deutschen Sport“ unter dem Präsidenten Manfred von Brauchitsch, München/Stuttgart;
- „Festivalkomitee der Bundesrepublik Deutschland“, Stuttgart.

Kommunistische Tarnblätter

Bei den getarnten kommunistischen Veröffentlichungen sind zwei Gruppen zu unterscheiden: die von der Nationalen Front selbst herausgegebenen Broschüren, Presseedienste usw. und die von ihr „betreuten“, das heißt: ge-

schaffenen, gesteuerten und geldlich getragenen. In die erstere gehören an regelmäßigen Publikationen „Die Woche“ (mit dem Untertitel „Informationsdienst des Westdeutschen Arbeitsausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“) als Zentralorgan und verschiedene Blätter auf Landesebene, wie „Das Argument“ (Nordrhein-Westfalen), „Blätter aus Rheinland-Pfalz“, „Informationsdienst“ (Bayern), „Was sagen wir?“ (Schleswig-Holstein), „Der Wegweiser“ (Bremen) und „Deutschlands Tor zur Welt“ (Hamburg). Denkbar manigfaltig sind die von der Nationalen Front beeinflussten örtlichen Tarnorganisationen und deren Organe. Da verbreitet ein „Bayerischer Bauernausschuß gegen die Wiederaufrüstung“ Extrablätter zu aktuellen politischen Ereignissen, die „Arbeitsgemeinschaft zur Rettung der Lüneburger Heide“ den „Heidelandboten“ (jetzt: „Die Heidewacht“) und die „Gemeinschaft zur Rettung der deutschen Küste“ ein regelmäßig erscheinendes „Blinkfüer“ als „Norichten för de Küst“. Darin wird ausdrücklich betont, daß eine Zugehörigkeit zur Organisation keine regelmäßige Beitragszahlung bedingte und daß es weder einen Ein- noch einen Austritt gebe; wer aktiv mitarbeite im Sinne der Gemeinschaft, gehöre eben dazu. Ähnliche Erscheinungen finden sich bei der Nationalen Front nahestehenden „Interessengemeinschaft der Wehrdienstgegner“ und der „Sozialistischen Aktion“ (SDA, Organ: „Stimme der Opposition“), bei angeblichen Siedlerbünden, den „Heimatvertriebenen des Truppenübungsplatzes Hohenfels“ und der „Kommission zur Verhinderung der Flugplatzenerweiterung Hamburg“, bei allen möglichen Tatgemeinschaften, Räten und Ausschüssen. Sie ausnahmslos kommen und gehen nach Bedarf, ihre Blätter und Blättchen nicht anders, und wenn eine Vereinigung oder ihre Flugschriften „einschlagen“, werden sie eben so lange gefördert, wie sie im Sinne ihrer Auftraggeber von Nutzen sind. Auflagenhöhen oder finanzielle Überlegungen spielen dabei keine Rolle.

Betriebsagitation als neue Parole

Die Wahlniederlage des 6. September 1953, die zum Verlust der parlamentarischen Plattform im Bundestag führte, zeigte den Kommunisten deutlich, wohin sie den Schwerpunkt ihrer Aktivität wieder verlagern mußten: in den Betrieb. Die Saat, die man vorher von den zahlreichen Tarnorganisationen und nicht lokalisierter Wühlarbeit erhofft hatte, war nicht aufgegangen. Die Kommunisten schalteten um und machten den Betrieb zum organisatorischen Aufbauprinzip, wobei sie sogar die Wohngruppen ihrer Mitglieder und Anhänger in Betriebsgruppen überführten. Durch Einladungen in die Sowjetzone sollen im vergangenen Jahr 15 000 westdeutsche Arbeiter in der DDR kommunistisch geschult und sogar für Sabotageakte ausgebildet worden sein, nach einem geheimen Rundschreiben einer KPD-Landesleitung „aus einzelnen Betrieben über hundert Kollegen“.

Wenn auch die Erfolge, wie sie sich bei den vergangenen Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern widerspiegeln, nicht gerade beängstigend sind, so sollte es doch zu denken geben, daß die Stimmen für die KPD gegenüber der letzten Bundestagswahl von 1953 durchwegs um 15 bis 50 % zunahmen; der Anteil an den gültigen Stimmen lag am höchsten in Bremen mit 5,0 %, am niedrigsten in Niedersachsen mit 1,3 %. Auch bei den Betriebsratswahlen, die von März bis Mai 1955 in der Bundesrepublik stattfanden, ergab sich in einigen Industriebezirken und

Betrieben Nordrhein-Westfalens und Hessens eine beträchtliche Zunahme an Stimmen und Betriebsratssitzen; in 16 großen hessischen Werken mit einer Belegschaft von 73 000 Personen stellt die KPD 25 von insgesamt 265 Betriebsräten, außerdem aber mindestens ebenso viele weitere, die sich als „Neutrale“ ausgaben (Aufgliederung der Gesamtzahl: SPD 115, christliche Gruppen 45, KPD 25, „Neutrale“ 80).

Die großen Streiks Ende August und Anfang Oktober in Hamburg, Kassel und Bremen und die im ganzen Bundesgebiet vorausgegangenen, der größeren Öffentlichkeit meist verborgen gebliebenen Kurzstreiks wegen sozialpolitischer Lappalien gehen zweifellos mindestens zu einem Teil auf das Konto kommunistischer Initiative. Der KPD-Chef der Bundesrepublik, Max Reimann, erklärte dazu in einem Interview: „Die Arbeiterklasse hat mit ihrem Kampf um höhere Löhne, um die Verwirklichung des Aktionsprogramms des DGB, begonnen, wirksame Schläge zu führen.“ Der Hamburger KP-Vorsitzende Hein Fink kommentierte: „Dieser Streik ist ein Beispiel für alle Metallarbeiter.“ Als „Solidaritätsspende“ kamen aus der Sowjetzone nach Hamburg 21 000 DM und ein Omnibus voll Lebensmittel, und die Sender der DDR riefen drei Tage lang unter Trommelwirbel zur Unterstützung der „kämpfenden Genossen in Westdeutschland“ auf. Die westdeutsche Presse freilich steht überwiegend „im Zeichen der Koexistenz“; die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ versah ihren Bericht über den Streik in der Nummer vom 29. August 1955 mit der dreispaltigen Überschrift „Kommunistische Einflüsse nicht nachweisbar“, während an anderer Stelle der gleichen Ausgabe eine zwölfzeilige Meldung zu finden war: „Streikunterstützung aus der Zone“.

Die Infiltration des DGB

In einer KPD-Direktive vom Dezember 1953 heißt es: „Wichtig ist für unsere Partei die Erkenntnis: ohne Gewerkschaften keine entscheidenden Massenkämpfe. Das erfordert mehr denn je, unsere Hauptkraft auf die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu verlegen und beständig alle politischen Aufgaben von dieser Seite aus aufzugreifen.“ Wir haben schon aufgezeigt (vgl. S. 83), daß die FDJ-Mitglieder nach dem Verbot ihrer Organisation geschlossen in die Gewerkschaftsjugend übergegangen sind und dort bisher sehr erfolgreich waren. Nicht wesentlich anders steht es im Deutschen Gewerkschaftsbund selbst. Die Äußerung Bundeskanzler Adenauers im Mai 1953 gegenüber einer amerikanischen Zeitschrift: „Die Kommunisten konzentrieren sich in gewissen Gruppen, z. B. 30 v. H. in der Bergarbeitergewerkschaft“, blieb bis heute unwiderlegt. Auf dem III. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes (vgl. S. 82) im Herbst 1953 in Wien war eine 45köpfige Delegation von westdeutschen Gewerkschaftlern, unter ihnen das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Bergbau, Willi Agatz. Im September dieses Jahres war im Anschluß an die Leipziger Messe für Gewerkschaftler aus der Bundesrepublik ein Treffen mit nachfolgender kostenloser Informationsreise und Erholungsaufenthalt in der Sowjetzone. Im DGB arbeiten die Kommunisten sehr geschickt und treten nicht als solche in Erscheinung, sondern verschanzen sich hinter sozialpolitischen Forderungen und Klassenkampfparolen, zumeist auf den unteren Ebenen.

Hand in Hand mit der Verlagerung der Wühlarbeit in den Betrieb und den DGB erfolgte der Aufbau und Ausbau der kommunistischen Betriebszeitungen; diese galten von da ab als die „schärfste Waffe“ zur Infiltration und Zersetzung der Industriearbeiterschaft. Das Schwergewicht konzentrierte sich naturgemäß auf das Industriegebiet an Rhein und Ruhr, das in den zwanziger Jahren die Hochburg des deutschen Kommunismus war und auch heute noch etwa 280 starke und 130 schwächere Betriebsgruppen der KPD aufweist. Weitere Schwerpunkte bemüht sich die KPD in Bayern, Niedersachsen und den norddeutschen Hafenstädten aufzubauen.

Die Gesamtzahl der in der Bundesrepublik erscheinenden Betriebszeitungen ist exakt kaum zu ermitteln, muß aber auf ungefähr 600 geschätzt werden. Nach Erhebungen des Deutschen Industrie-Instituts wurden im Oktober 1954 im Bundesgebiet immerhin nicht weniger als 438 kommunistische Betriebszeitungen *namentlich* erfaßt. Die gleiche Quelle gab auch die Entwicklung der Gesamtzahl an:

Ende 1952	100
Mai 1953	230
Juli 1953	290
Ende 1953	450

Die Auflagenziffern schwanken zwischen 500 und 2000 und erreichen in einigen Großbetrieben der Ruhr sogar 10 000 Exemplare. Um die beteiligten Betriebsangehörigen nicht einer Entlassung wegen Störung des Arbeitsfriedens auszusetzen oder sie in anderer Weise zu benachteiligen, liegt die Leitung, Organisation und Herstellung der kommunistischen Betriebszeitungen in der Bundesrepublik (im Gegensatz zur Betriebspresse der kommunistischen Länder, auch der Sowjetzone) nicht bei den Betriebsgruppen selbst, sondern meist bei der lokalen Parteispitze (Orts- oder Kreisleitung).

Methode und Bedeutung

Die Zahl der „Volkskorrespondenten“, die die Blätter mit Material versorgen, ist sehr groß. Jeder Kommunist ist verpflichtet, alles Negative seines Bereichs zusammenzutragen und dem Redaktionskollektiv — oftmals ist auch ein verantwortlicher Redakteur fest ange stellt — zu melden, wo dieses Material dann „gesichtet“ und „ausgewertet“ wird. Neben den aktuellen Agitationen der großen Politik sind es vor allem unerfreuliche betriebliche Ereignisse, die breit herausgestrichen und ausgeschlachtet werden.

Die klassenkämpferische Gestaltung der Betriebszeitungen kommt schon in ihren Titeln zum Ausdruck; als Beispiele seien genannt: „Schweiß und Qual“ (Hasper Hütte, Hagen), „Holzauge, sei wachsam“ (Krupp-Werke, Essen), „Kumpel wach auf“ (Schacht Müser, Bochum), „Die Knochenmühle“ (Schüler & Vershoven, Essen), „Heißes Eisen“ (Baumgart, Düsseldorf). Lediglich einige der Betriebszeitungen, die für Schwerpunkte bestimmt sind, werden in Druckereien hergestellt, während die Mehrzahl bei einem durchschnittlichen Umfang von 6 bis 8 Seiten Din A 4 vervielfältigt erscheint; sämtliche werden von der KPD aus ostzonalen Geldern finanziert und *kostenlos* verteilt. Die Diktion ist fast immer ausgesprochen primitiv und grobschlächtig.

Die propagandistische Wirkung dieser Blätter darf nicht unterschätzt werden. Ihre Stärke liegt vor allem darin,

daß sie die alltäglichen Sorgen, die dem Arbeiter auf den Nägeln brennen, hemmungslos aufgreifen, aufbauen, in raffinierter Weise mit Halbwahrheiten vermischen und so auch ihre politischen Kommentare an den Mann bringen. Opposition zieht immer, und die wirkungsvollste und lautstärkste Opposition treiben heute systematisch die Kommunisten in den Betrieben; neben dem Thema der Wiederaufrüstung, die ohnehin auf große Ressentiments und irrationale Widerstände stößt, bieten auch die alltäglichen innerbetrieblichen Vorfälle unter Aufschürung der Klassengegensätze Handhaben genug. Da die Betriebsräte oder gar die betriebseigenen Zeitschriften heiße Eisen oft nur ungern anpacken, sind die Kommunisten bei ihrem sonst allenthalben gescheiterten Versuch, sich als die „einzigen wirklichen Vertreter der Arbeiterschaft“ aufzuspielen, in ihrer innerbetrieblichen Wühlarbeit oft nicht ohne Erfolg. Da viele der angeprangerten Mißstände wirklich vorhanden sind und die Arbeiter mit der Kritik daran auch die klassenkämpferische und politische Hetze bereitwillig mit aufnehmen, liegt hierin die große Gefahr dieser Publikationen. Viele Betriebe begegnen den kommunistischen Aktionen zudem mit einer geradezu erschreckenden Naivität und Leichtfertigkeit. Man darf sich durch Wahlergebnisse nicht täuschen lassen und sollte es den Kommunisten wirklich nicht so leicht machen, unter der Arbeiterschaft ihre Früchte zu ernten. Wirkungsvolle Aufklärung und propagandistische Gegenmaßnahmen der Unternehmer, Gewerkschaften und Parteien im innerbetrieblichen Raum wären wichtiger als der Prozeß gegen die kommunistische Partei, der auf eine Stelle zielt, woraus sie sich längst zurückgezogen hat. Als noch wirkungsloser mutet — wie der DGB-Informationsdienst (11. August 1954) mit Recht darlegt — der Vorschlag eines hohen Bonner Ministerialbeamten an, als Gegenmaßnahme gegen die kommunistische Infiltration in der Bundesrepublik Delegationen aus der Sowjetzone einzuladen und „ihnen ein Bild westlicher Leistung und westlicher Freiheit“ zu bieten. Es ist ganz klar, daß dabei nur linientreue Funktionäre aus der DDR entsandt würden, die der KP-Arbeit im Westen eher noch einen weiteren Auftrieb geben.

Die offiziellen Tageszeitungen

Auf die Betriebspresse wird ein um so größerer Wert gelegt, als die parteiamtlichen Tageszeitungen der KPD nur eine unbedeutende Rolle spielen und insgesamt höchstens eine Auflage von 300 000 Exemplaren erreichen. (Selbst diese Zahl basiert noch größtenteils auf eigenen Angaben der KPD, dürfte also wesentlich übertrieben sein.) Die 13 kommunistischen Tageszeitungen der Bundesrepublik sind:

- „Badisches Volksecho“, Stuttgart/Mannheim
- „Bayerisches Volksecho“, München/Nürnberg
- „Freies Volk“ (Zentralorgan der KPD), Düsseldorf
- „Hamburger Volkszeitung“, Hamburg
- „Neue Volkszeitung“, Essen
- „Norddeutsches Echo“, Kiel
- „Sozialistische Volkszeitung“, Frankfurt
- „Tribüne der Demokratie“, Bremen
- „Unser Tag“, Ludwigshafen
- „Volks-Echo“, Bielefeld
- „Volksstimme“, Stuttgart
- „Volksstimme“, Köln
- „Die Wahrheit“, Hannover.

Westdeutsche Touristik und Journalistik im Zeichen der Koexistenz

Ein für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Westdeutschland ungeheuer erfolgreicher Schachzug des Kreml, auf den wir hier nur kurz eingehen können, war im Juni dieses Jahres die Ausgabe von Einreisevisa für sieben, zum Teil bedeutende Journalisten (beispielsweise Hans Zehrer, ehemals Chefredakteur des evangelischen „Sonntagsblattes“ und jetzt Chefredakteur der großen Hamburger Tageszeitung „Die Welt“). Sie veröffentlichten nach ihrer Rückkehr in ihren Zeitungen ausführliche Reportagen über ihre Eindrücke, die eine erschreckende Maßstablosigkeit offenbarten. „Ich habe keinen Standpunkt. Ich will nur sehen und verstehen und erklären... Ich trage kein Sendungsbewußtsein in mir, um den anderen Staaten und Völkern meine Vorstellungen von Kultur, Freiheit, Demokratie oder was auch immer aufzudrängen und sie an diesen Maßstäben zu messen. Ich koexistiere bereits“ (Hans Zehrer in „Die Welt“, 6. und 12. Juli 1955). Dieser Tenor durchzieht ungefähr alle Berichte.

Wenn auch die späteren Reportagen, die während und nach der Moskaureise des Bundeskanzlers die westdeutsche Presse durchzogen, ein teilweise objektiveres Bild von der Sowjetunion vermittelten, sollte es doch zu denken geben, wie die ausländische, insbesondere die schweizerische Presse die ersten deutschen Rußlandreportagen nach dem Krieg kommentierten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb im Juli: „Ein Schatten verdient im politischen Tableau der Bundesrepublik in diesen Tagen allerdings unterstrichen zu werden. Wenn die Einladung deutscher Journalisten in die Sowjetunion ein propagandistischer Schachzug Moskaus war, dann ist dieser Zug in einem beträchtlichen Ausmaß gelungen. Ein paar bedeutendere deutsche Blätter verbreiten in diesen Tagen in Artikelserien die Eindrücke ihrer Redaktoren und Reporter. Es ist rein impressionistischer Journalismus, der hier gepflegt wird und der zum Teil offen mit seiner angeblichen völligen Unvoreingenommenheit und Standpunktlosigkeit kokettiert. Wohlgenährte, eislutschende, altersversicherte, kulturhungrige, fröhliche Sowjetmenschen, deren Friedensliebe außer jedem Zweifel steht, geistern scharenweise durch die Zeitungen. Rußland ist ganz anders, viel harmloser und normaler, als man es sich vorstellt, und Sozialismus, in unseren Strichen selbstverständlich ein Unding und Greuel, ist dort das Natürlichste der Welt, lautet der allgemeine Tenor. In ähnlichem Ton und voll des Staunens darüber, daß Hitlers Untertanen weder in ihrer bayerischen Gemütlichkeit noch in ihrem Berliner Witz beschnitten waren, schrieb bekanntlich ein Teil der ausländischen Presse, die das entsprechende Kapitel ihrer Geschichte unter den Titel ‚Appeasement‘ stellen muß, über das Dritte Reich im Jahr der Olympiade 1936.“

Sowjetzonalen Ferienlager und SPD-Jugend

Die Sowjetunion und ihre Satelliten können unbegrenzt Geld dafür einsetzen, im Ausland von unten her Politik zu machen, indem sie die Freizügigkeiten, die den Menschen des Westens gewährt sind, für ihre Zwecke mißbrauchen und ihnen eine Fata Morgana von den Segnungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung vorgaukeln. Schätzungsweise 50 000 Kinder aus der Bundesrepublik (bis zum 21. Juli bereits 22 000) waren in diesem Sommer in Ferienlagern der Sowjetzone, und es ist er-

schütternd, mit welcher Naivität diesen Aktionen in der Bundesrepublik begegnet wird. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ (27. August 1955) war einigen eingeladenen und zur Teilnahme entschlossenen Mädchen aus Düsseldorf von ihrer Lehrerin lediglich geraten worden, sie sollten nur ja beisammen bleiben, sie würden sonst verschleppt. In einer anderen Schule war gewarnt worden: „Ihr bekommt nur Kartoffeln zu essen.“ In Wirklichkeit werden die Kinder in vortrefflich eingerichteten Lagern mit Sportplätzen, hygienischen Anlagen und ärztlicher Betreuung untergebracht, reichlich und gut gepflegt und zudem noch mit neuer Kleidung im Wert von 100 Mark beschenkt. Die Kinder werden psychologisch sehr geschickt beschäftigt und durch die Politabteilungen der Lager, die FDJ-Führer, kommunistische Filme und die ganze Lageratmosphäre systematisch politisch beriebelt. In einigen — nicht in allen — Lagern erfolgt auch unter Anleitung der Volkspolizei vormilitärische Ausbildung mit Geländekunde, Nachrichtentechnik und Schießübungen. In den offiziellen Verlautbarungen wird natürlich streng geleugnet, daß politische Absichten im Spiele sind. „Unsere Republik fühlt sich nur mitverantwortlich dafür, daß alle deutschen Kinder frohe Ferientage erleben können. Da die westdeutsche Regierung sich daran nicht interessiert zeigt, haben wir ein Beispiel gegeben“ (Eberhard Hantsch, stellv. Leiter des Amts für Jugendfragen bei der Regierung der DDR). Tatsächlich hat die DDR laut Etat im vergangenen Jahr nicht weniger als zweieinhalb Milliarden Mark für die „Förderung der Jugend und des Sports“ aufgewandt. Um die spätere Breitenwirkung in der Bundesrepublik zu sichern, werden die Kinder für die Ferienaktionen sehr sorgsam ausgewählt: aus sehr kinderreichen oder sozial bedürftigen Familien, aus stark industrialisierten Gegenden, aus Flüchtlingslagern, aus Notstandsgebieten, aus den Gegenden rund um amerikanische oder britische Truppenübungsplätze. „Was hier die Bundesrepublik an klug wählender Hilfe versäumt, rächt sich jenseits der Zonengrenze an ihren Kindern“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ (27. August 1955); sie schließt ihren Originalbericht aus Kinderlagern der Sowjetzone mit folgenden Sätzen: „Als wir in den Wagen steigen, zieht eine endlose Schlange vorüber. Die Kinder singen ein Lied aus voller Kehle. Der SED-Funktionär sagt etwas verlegen: ‚Das haben die Kinder aber nicht offiziell gelernt!‘ Sie singen: ‚... und für unsere bess're Zukunft hängen wir den Adenauer auf.“

Über den intimen Kontakt, den der Jugendverband der SPD, „Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken“, mit der FDJ der Sowjetzone unterhält, hat die sowjetzonale kommunistische Staatsjugend nach westlichen Zweifeln im April 1955 faksimilierte Briefe und anderes authentisches Material veröffentlicht und sogar die Freigabe von Tonbandaufnahmen als möglich bezeichnet. Auf hoher Ebene fanden bisher drei Zusammenkünfte statt, darunter einmal in der Wohnung des Verbandssekretärs der „Falken“, J. Gerull, in Berlin-Tempelhof.

Kommunistische Totalmobilmachung

Man kann mit Recht einwenden, daß alle diese Vorfälle nur kleine Einzelheiten darstellen, die zudem teilweise aus dem besten Willen zur Völkerverständigung entspringen und durchaus nicht prokommunistisch gemeint sind. Hinter all diesen Einzelheiten, zu denen man die eingangs dar-

gelegte organisierte Wühlarbeit hinzunehmen muß, stehen aber einige Gemeinsamkeiten, die man nicht deutlich genug festhalten kann:

1. Die bolschewistischen Greuel in ihrem eigenen Land und in den besetzten Gebieten einschließlich Mitteldeutschlands und Ostdeutschlands, die durch zahlreiche Augenzeugenberichte nicht nur für die Vergangenheit, sondern bis heute belegt sind, geraten immer mehr in Vergessenheit. Die öffentliche Meinung in dieser Frage wird von mehr als nur einer Seite systematisch aufgeweicht.

2. Die Überraschung, die jahrzehntelang geschlossenen Grenzen plötzlich wieder teilweise geöffnet und die in zehnjähriger internationaler Obstruktion bewährten sowjetischen Neinsager plötzlich lächeln und freundliche Rede führen zu sehen, schlug um in eine sehr naive Entspannungsmythologie und teilweise blinde Gläubigkeit gegenüber allen Friedensbeteuerungen und den Demonstrationen kommunistischer Aufbauarbeit.

3. Recht häufig wird politische Koexistenz mit sachlicher Toleranz verwechselt und echtes Selbstbestimmungsrecht der Völker mit den faktischen Machtverhältnissen politischer Usurpation. Tatsächlich aber ist es nicht so, als ob sich die Völker der Sowjetunion und der Satelliten selbst eine der Freien Welt entgegengesetzte Gesellschafts- und Staatsordnung gewählt hätten und der Kommunismus nun, wie es Zehrer und viele andere darlegen, für seine Aufgaben auf Kosten der Menschlichkeit Ausnahmewilligungen und „eigene Gesetze“ fordern könnte, weil seine Völker für die Demokratie „noch nicht reif“ seien. Es geht nicht an, das kommunistische System in dieser Weise soziologisch zu relativieren. Der Kommunismus ist *nicht* eine mögliche Weltordnung unter vielen anderen; er ist überhaupt keine Ordnung, sondern zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte — ohne deswegen eine transzendente Geschichtsphilosophie oder Eschatologie auszusprechen — *das* unmenschliche, atheistische, kulturwidrige, totalitäre System schlechthin.

4. Die westlichen Staaten und die Bundesrepublik haben bisher noch nicht genügend geeignete Mittel aufgewandt, um der kommunistischen Wühlarbeit zu begegnen.

Die neueste Entwicklung und die Parole der Koexistenz, die in Westdeutschland auf allen Gebieten absichtlich wie unabsichtlich so wirksam propagiert wird, sind kein Umschwung in der Geschichte und im Wesen des Kommunismus, sondern nur unter Wechsel der Taktik die Mobilisierung *aller* Kräfte zu dem gleichen Ziel der Weltrevolution und Weltbeherrschung. Die Führer des Weltkommunismus haben sich aus ihrer orthodoxen Erstarrung gelöst und lassen die Ressentiments, die Ideologien und Utopien in aller Welt für sich arbeiten. Sie arbeiten nicht in der Dimension von Wahlperioden, sondern auf lange Sicht, und sie rechnen nicht mit Prozentzahlen und Proportoren, sondern mit der Macht der Fakten. Deutschland, das Ursprungsland der kommunistischen Ideologie und die heutige Schnittstelle der sowjetischen und der Freien Welt, wäre das letzte Land, das sie aus ihrer Zange lassen. „Falls jemand glauben sollte, unser Lächeln bedeutet, daß wir von den Lehren von Marx, Engels und Lenin abgerückt sind, so hat man sich grausam getäuscht. Wer darauf wartet, der kann ebensogut darauf warten, daß eine Krabbe das Pfeifen lernt“ (Nikita S. Chruschtschew, der „starke Mann des Kreml“, am 17. September 1955 beim Empfang der Sowjetzonendelegation im Georgspalast). Die kommunistische Gefahr in der Bundesrepublik und im Westen ist heute größer denn je.